



Eidgenössische Volksinitiative

## „für eine Solidaritätsabgabe“

(„gegen eine Zweiklassengesellschaft“)

im Bundesblatt veröffentlicht am 28. März 2008

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff., folgendes Begehren: Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert:

I

### Art. 128a (neu) Solidaritätsabgabe

<sup>1</sup> Kantone und Gemeinden schützen die finanziell schwachen Bevölkerungsschichten, namentlich kinderreiche Familien, indem sie die Risiken und Folgen von Arbeitslosigkeit und Armut, insbesondere wegen unzureichender Bildung, bekämpfen und die Krankenkassenprämien durch Zuschüsse senken oder aufheben. Zwecks Finanzierung der Massnahmen erhebt der Bund, Sonderregelungen vorbehalten, eine progressiv ausgestaltete Solidaritätsabgabe:

- a. bei den natürlichen Personen: auf einem jährlichen Einkommen ab 500'000 Franken;
- b. bei den privatrechtlichen juristischen Personen: auf einem jährlichen Reingewinn ab 1 Million Franken.

<sup>2</sup> Der Ertrag der Solidaritätsabgabe wird nach einem vom Bund festzulegenden Schlüssel auf die Kantone verteilt. Diese entscheiden über die Mittelverwendung im Rahmen von Absatz 1.

II

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

### Art. 197 Ziff. 8 (neu)

8. Übergangsbestimmung zu Art. 128a (Solidaritätsabgabe)

Bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen erlässt der Bundesrat innerhalb eines Jahres nach Annahme von Artikel 128a die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

## Was will die Initiative „für eine Solidaritätsabgabe“?

Unsere Initiative verlangt eine Sozialabgabe der Reichsten zugunsten der Ärmsten. Der Bund erhebt die Abgaben, die Kantone setzen die Gelder in Kenntnis der konkreten Umstände effizient ein. Damit sichern wir in einem sozialen Kerngebiet die nachhaltige, gesicherte Finanzierung von Massnahmen, die dem Einzelnen auch tatsächlich etwas nützen.

Unaufhörlich steigt die Anzahl Menschen ohne Arbeit, bei gleichzeitig steigenden Profiten der Wirtschaft und sinkender Zahl von Arbeitsplätzen. Dem Schweizer Rentensystem droht bereits 2011 der Kollaps: immer mehr Invalidenrenten, immer weniger Kinder. Die Sozialkosten explodieren. Der Staat klagt über mangelnde Finanzen im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen. Die soziale Marktwirtschaft ist extrem gefährdet.

### Die 300 Reichsten zeigen sich solidarisch mit den 300'000 Ärmsten

Die Reichen werden immer reicher, die Armen zahlreicher. Die 300 Reichsten in der Schweiz haben ihren Besitz 2004 um mehr als 5 % auf 369 Milliarden Franken erhöht (Quelle: Wirtschaftsmagazin „Bilanz“).

### Wohlfahrt für alle

Jeder siebente Schweizer ist arm (Quelle: „Caritas“). Die Lohnschere öffnet sich rasant. Jährlich gehen 25'000 Arbeitsplätze verloren, obwohl Millionen- und Milliarden Gewinne gemacht werden. Die Wirtschaft ist nicht mehr in der Lage, Wohlstand für alle zu schaffen, obwohl sie sehr viel Geld verdient und Spitzensaläre zahlt. Die Bevölkerung zerfällt in zwei Klassen. Opfer sind vor allem ältere Menschen, Jugendliche und kinderreiche Familien.



### Senkung der Krankenkassenprämien für die unteren und mittleren Schichten

Die Krankenkassenprämien steigen und steigen. Die Krankheiten nehmen laufend zu. Ein Drittel der europäischen Bevölkerung leidet an Depressionen, weil sie den Anforderungen des Wirtschaftslebens nicht mehr gewachsen ist. Selbst der Mittelstand kann sich die Prämien zunehmend nicht mehr leisten, da er immer mit weiteren Abgaben und Gebühren belastet wird. Die Zweiklassenmedizin droht.

### Eine Zukunft für unsere Kinder und Jugendlichen

Arbeitslos und arm werden oftmals Menschen mit geringer Ausbildung – namentlich Jugendliche – und kinderreiche Familien. Sie laufen Gefahr, in Randgruppen abgeschoben zu werden. Massnahmen zur sozialen Integration mit Breitenwirkung sind daher dringender denn je, wollen wir nicht Zustände wie in Frankreich riskieren.

**Unterstützen Sie daher unsere Initiative aus dem schweizerischen Mittelstand zugunsten der sozialen Marktwirtschaft!**

Initiativkomitee „für eine Solidaritätsabgabe“ • Postfach • 5004 Aarau  
E-Mail [info@solidaritaetsabgabe.ch](mailto:info@solidaritaetsabgabe.ch) • Internet [www.solidaritaetsabgabe.ch](http://www.solidaritaetsabgabe.ch)  
Telefon 078 888 71 81 • Fax 062 871 69 93 • Postcheckkonto 60-244167-3

Trägerorganisation: Katholische Volkspartei (KVP) Schweiz